

„EU-Politik mitgestalten“

Dr. Wilhelm Sandrisser, Gruppenleiter im Bundesministerium für Inneres, über die Möglichkeiten der Forum-Salzburg-Staaten, die Sicherheitspolitik der Europäischen Union mitzugestalten.

Der halbjährige österreichische Vorsitz im „Forum Salzburg“ endete mit Dezember 2019. Was ist aus Ihrer Sicht der größte Erfolg des Vorsitzes und welche Umsetzungsmaßnahmen sind 2020 geplant?

Ein Ergebnis erscheint mir besonders wichtig für unsere Sicherheit: Es ist es gelungen, eine breite Koalition zu zimmern, um eine neue Migrationskrise über die Westbalkanroute zu verhindern bzw. dafür besser aufgestellt zu sein. Vor allem in vier Feldern soll es künftig frühzeitig Unterstützung an Brennpunkten in Südosteuropa geben: beim Grenzmanagement, der Schleppereibekämpfung, der Rückführung illegal Aufhältiger und im Bereich Asyl.

Was ist neu an dieser Initiative?

Neu ist das Ziel, operative Maßnahmen gegen illegale Migration regelmäßig entlang einer gesamten Migrationsroute abzustimmen. Damit wird erstmals eine Umsetzung des whole-of-route-Ansatzes gestartet, der vom finnischen EU-Ratsvorsitz vorgeschlagen wurde und auf eine Initiative Österreichs sowie weiterer früherer EU-Ratspräsidentenschaften zurückgeht. Neu ist dabei auch die breite Beteiligung: Neben den Staaten des Forum Salzburg und vom Westbalkan werden relevante Partner wie Griechenland, Deutschland, Dänemark, die EU-Grenz- und Küstenwache oder Europol und in der Folge auch die Türkei eingebunden.

Worauf wird bei diesem ambitionierten Ansatz aufgebaut?

Es wird auf vorhandenen Konzepten und laufenden Initiativen aufgebaut. Diese sollen strukturiert umgesetzt, gebündelt und weiter entwickelt werden. Eine wesentliche Grundlage ist das unter unserem EU-Ratsvorsitz im Dezember 2018 beschlossene erste umfassende EU-Konzept zur Schleppereibekämpfung. Dieses beinhaltet eine ganze Reihe operativer Maßnahmen zur gemeinsamen Umsetzung mit Drittstaaten. Ein Ziel ist die verstärkte Nutzung des „Joint Operational Office“ in Wien für länderübergreifende Ermittlungen. Mittlerweile haben unse-



Wilhelm Sandrisser: „Wir wollen dazu beitragen, dass mitteleuropäische Anliegen in der EU Gehör finden.“

re Experten bereits damit begonnen, die diesbezügliche erfolgreiche operative Kooperation am Balkan auf die Türkei auszudehnen.

Was erwarten Sie sich dabei von der neuen EU-Kommission, und kann das Forum Salzburg auch die gesamteuropäische Asyl- und Migrationspolitik mitgestalten?

Je mehr die neue Kommission die Kooperation entlang der Westbalkanroute unterstützt, desto eher kann diese

zum Best-Practice-Beispiel für andere Migrationsrouten werden. Das würde auch die Lösung gesamteuropäischer Migrationsfragen erleichtern. Die Kommission will diesbezüglich einen neuen Pakt für Asyl und Migration vorlegen. Dabei wird sie proaktiv von Forum-Salzburg-Ländern unterstützt: Unter unserem Vorsitz wurden Vorschläge für Lösungsansätze erarbeitet und an die Europäische Kommission übermittelt. Auf dieser Grundlage können die Forum Salzburg-Staaten die künftige EU-Asyl und Migrationspolitik wirksamer mitgestalten.

Sie waren bei allen österreichischen Vorsitzen im „Forum Salzburg“ als hochrangiger Beamter federführend beteiligt. Welchen Stellenwert hat das „Forum Salzburg“ über diese Zeit gewonnen?

Im Forum Salzburg wurde das engste regionale Sicherheitsnetz in der EU geknüpft. Gemeinsame Polizeikooperationszentren, grenzüberschreitende Streifen oder Zeugenschutzprogramme sind mittlerweile selbstverständlich. Forum-Salzburg-Länder wirken zudem zunehmend als Sicherheitsexporteure. Das zeigt die Ausdehnung der Prüm-Kooperation zum Datenaustausch auf die Westbalkanstaaten, die uns mit aktiver Mitwirkung von Slowenien und Ungarn gelungen ist. Die Implementierung wird 2020 ein wichtiger Arbeitsschwerpunkt sein. Darüber hinaus hat das Forum Salzburg das verstärkte Potenzial zum EU-Player, der gesamteuropäische Lösungen ermöglichen kann. Die Erarbeitung gemeinsamer Vorschläge für die künftige EU-Asylpolitik ist dabei ein starkes Signal.

Was ermöglicht die erfolgreiche Zusammenarbeit im Forum Salzburg? Es gibt ja wohl auch in dieser Sicherheitspartnerschaft Probleme und unterschiedliche Interessen?

Zweifellos. Ich denke, es kommt auf den Umgang mit Problemen an, vor allem bei vitalen Fragen für das Gegenüber. Vielleicht funktioniert die Zusammenarbeit im Forum Salzburg nach bald zwei Jahrzehnten noch immer,

ZUR PERSON

Dr. Wilhelm Sandrisser leitet die Gruppe „Sicherheitspolitik, Internationales, EU, Öffentlichkeitsarbeit und Protokoll“ im BMI. 2006 und 2018 war er im Ressort für die inhaltliche Koordination des EU-Ratsvorsitzes zuständig. Seit 2010 ist er Delegationsleiter im hochrangigen EU-Ausschuss zur inneren Sicherheit (COSI). Sandrisser ist die Verbindungsperson des BMI zum Nationalen Sicherheitsrat.



Wilhelm Sandrisser: „Die weitere Vertiefung der operativen Zusammenarbeit, etwa im Bereich Cyber-Sicherheit, sowie die strategische Neuausrichtung des Forum Salzburg für die kommenden Jahre sind für mich zentrale Herausforderungen.“

weil Partner nicht überstimmt werden. Daher muss mehr aufeinander eingegangen werden. Das stärkt das wechselseitige Verständnis und Vertrauen. Auch die Erkenntnis, dass gemeinsame Ziele unterschiedliche Maßnahmen erfordern und man Zielen mit verschiedenen Geschwindigkeiten näher kommen kann, erscheint mir wesentlich.

Welche Rolle spielt Österreich im Forum Salzburg auch außerhalb von Vorsitz-Zeiten?

Wir haben die Forum-Salzburg-Partner erfolgreich auf ihrem Weg in die EU unterstützt und wollen nun dazu beitragen, dass gemeinsame, aber auch verschiedene mitteleuropäische Anliegen und Positionen besser in der EU Gehör finden. Ich sehe uns als Brückenbauer im Forum Salzburg, dem vier Visegrad-Länder und fünf weitere Partner angehören.

Im Jahr 2020 feiert das „Forum Salzburg“ sein 20-jähriges Bestehen. Wie ist Ihr Ausblick auf das Jubiläumsjahr?

Mit dem aktuellen bulgarischen und

dem ab 1. Juli 2020 anstehenden kroatischen Forum Salzburg-Vorsitz wollen wir das Jubiläumsjahr aktiv mitgestalten. Die weitere Vertiefung der operativen Zusammenarbeit, etwa im Bereich Cyber-Sicherheit sowie die strategische Neuausrichtung des Forum Salzburg für die kommenden Jahre sind für mich zentrale Herausforderungen.

Zum 10-jährigen Jubiläum wurde die Vision „Forum Salzburg 2020“ vereinbart. Wurden die diesbezüglich definierten Ziele erreicht?

Man hatte sich damals auf drei große Kernaufgaben geeinigt, eine verstärkte regionale Kooperation, die Umsetzung einer gemeinsamen Außenstrategie, insbesondere gegenüber dem Westbalkan sowie die Mitgestaltung der EU-Politik. Dabei sind, wie angesprochen, maßgebliche Fortschritte zu verzeichnen. 2010 war beispielsweise Asyl für unsere Forum-Salzburg-Partner noch ein eher theoretisches Thema, das vor allem von Österreich thematisiert wurde. Seit 2019 ist nun mit Nina Gregori eine langjährige, besonders en-

ge Kooperationspartnerin aus dem Forum Salzburg-Land Slowenien die Chefin des EU-Asylunterstützungsbüros in Malta. Wir unterstützen sie aktiv bei dessen Weiterentwicklung zu einer EU-Asylagentur.

Worum könnte es bei einer möglichen Vision „Forum Salzburg 2030“ gehen?

Ein primäres Ziel könnte sein, zu einer erfolgreichen Integration unserer Westbalkan-Partner in die EU beizutragen. Das erfordert eine proaktive Sicherheitspolitik unter besserer Berücksichtigung von Zusammenhängen, zwischen OK, illegaler Migration, Extremismus oder wirtschaftlicher Entwicklung, zwischen analoger und digitaler Welt, innerer und äußerer Sicherheit. Eine weitere Option wäre vielleicht die gemeinsame Mitgestaltung der EU-Politik über den Westbalkan hinaus. Ich denke an die Ukraine, Russland, die Türkei, Länder des Nahen und Mittleren Ostens oder China. Natürlich sollten Prioritäten gesetzt werden, um sich nicht zu überfordern.

Was sind über das „Forum Salzburg“ hinaus internationale und europäische Schwerpunkte des Innenministeriums?

Diese hängen maßgeblich von der Schwerpunktsetzung im neuen Regierungsprogramm und der daran angepassten BMI-Gesamtstrategie ab. Persönlich sind für mich die Förderung und der Schutz unserer europäischen Werte und Lebensweise große Herausforderungen, ein Thema, das auch die neue EU-Kommission aufgreift. Von ihrer Bewältigung wird es maßgeblich abhängen, ob auch künftige Generationen in Freiheit und Sicherheit in Europa leben werden können.

Steht das wirklich auf dem Spiel?

Freiheit, Sicherheit und Rechtsstaatlichkeit stehen in mehrfacher Weise auf dem Prüfstand. So sprießen im Bereich Social Media quasi Geschäftsmodelle aus dem Boden, die vor allem einzelne Staaten bei der Rechtssetzung und Rechtsdurchsetzung überfordern. Daher wurde etwa während unseres EU-Ratsvorsitzes beschlossen, dass terroristische Online-Inhalte in einer bestimmten Frist gelöscht werden müssen. In traditionellen Medien könnten solche Inhalte aber gar nicht publiziert werden. Auch technologische Entwicklungen wie 5 G, AI oder Robotik bringen – neben Chancen für uns alle – große Herausforderungen mit sich, auch für die Arbeit der Strafverfolgungsbehörden, wie bei der Überwachung terroristischer Gefährder. Zudem tragen Algorithmen oder Fake News zu verengten Sichtweisen und Polarisierung in unseren Gesellschaften bei. Das alles fördert auch die Zunahme von Extremismus und terroristischen Gefahren in der herkömmlichen Welt.

Was sind für Sie dabei die größten Bedrohungen?

Vor allem aus der wechselseitigen Verstärkung unterschiedlicher Formen von Extremismus in der analogen und digitalen Welt könnten grundlegende Probleme entstehen. So bedienen sich Extremisten, nicht nur ähnlicher Muster und Modi Operandi, sondern können sich auch wechselseitig aufschaukeln, etwa Islamisten und Rechtsextremisten. Beide setzen oft zuerst Muslime und/oder Juden unter Druck, die wie andere Menschen in Freiheit und Sicherheit leben wollen, sind aber Be-



Wilhelm Sandrisser: „Persönlich sind für mich die Förderung und der Schutz unserer europäischen Werte und Lebensweise große Herausforderungen, ein Thema, das auch die neue EU-Kommission aufgreift.“

drohungen für unsere freien Gesellschaften insgesamt. Wir müssen daher etwa moderate Muslime schon stärken, wenn ihre Freiheiten aus der eigenen Community unter Druck gesetzt werden.

Wie kann solchen Gefährdungen auf europäischer und internationaler Ebene entgegengewirkt werden?

Eine unmittelbare Herausforderung ist die Beitragsleistung zum physischen Schutz besonders gefährdeter Gruppen. Aktuell geht es etwa um eine gleichmäßige Umsetzung der unter österreichischem Ratsvorsitz beschlossenen ersten EU-Strategie zum Schutz jüdischer Gemeinden und Einrichtungen. Wir bringen uns auch dabei aktiv auf der europäischen Ebene ein. Wirksame Prävention und Maßnahmen ge-

gen neue Bedrohungen, insbesondere durch rückkehrende Foreign Terrorist Fighters sind weitere Punkte auf der europäischen und internationalen Agenda.

Reichen die Reaktion auf Bedrohungen und Prävention, um unterschiedliche Formen von gewaltbereitem Extremismus und Terrorismus nachhaltig zu bekämpfen?

Nein. Wenn wir Extremismus und Terrorismus den Nährboden entziehen wollen, braucht es auch einen gesamtgesellschaftlichen, auf positive Gestaltung des Zusammenlebens gerichteten Ansatz. So sollte etwa jungen Menschen besser vermittelt werden, welchen Mehrwert ein Leben in freien demokratischen Gesellschaften für ihr persönliches Leben bringt.